

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

34. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 17. Juni 2004

(16.03 Uhr bis 22.11 Uhr)

5.	1. Neufassung der Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung - AbfS)	
	2. Neufassung der Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbGS)	32
	Vortrag des Magistrats vom 07.05.2004, M 88	
	<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 18.05.2004, NR 1391	
	<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 26.05.2004, NR 1393	
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU:	32
	Stadtverordneter Dr. Matthias Stoffregen, SPD:	34
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	35
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	36
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	39
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:	40
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	40
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	42
6.	Umweltpolitische Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main	44
	Vortrag des Magistrats vom 16.01.2004, M 20	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 03.02.2004, NR 1250	
	<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 21.04.2004, NR 1343	
	<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 21.04.2004, NR 1344	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP vom 27.04.2004, NR 1349	
	Stadträtin Jutta Ebeling:	44
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	47
	Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	50
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:	53
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU:	55
	Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	57
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	58
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	59
7.	Keine öffentlichen Ehrungen für Kurt Thomas	63
	Antrag der GRÜNEN vom 18.05.2004, NR 1390	
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:	63
	Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	66
	Stadtverordnete Alexandra Prinzessin von Hannover, CDU:	68
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	70
	Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:	73
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	75
	Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:	75
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	77
	Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:	78
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	78
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	79
	Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	79
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	79
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	80
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	80

die Zahl der einbezogenen Gebührenden vergrößert wird. Das ist, und das sollte man vielleicht auch noch einmal sagen, eine Möglichkeit, die wir bisher nicht hatten, sondern durch die neue Gewerbeabfallverordnung der Bundesregierung - auch das darf hier einmal gesagt werden - erst ermöglicht worden ist. Diese Möglichkeit nutzen wir, glaube ich, sehr zum Vorteil aus.

Wir können heute nicht sagen, das muss man der Ehrlichkeit halber hinzufügen, wie sich das Verhalten der Haushalte in Zukunft ändern wird. Wir können heute nicht garantieren, dass in 20 Jahren noch dieselbe Gebührenordnung wie heute gelten wird. Wir werden nicht auf Dauer garantieren können, dass es nicht wieder zu neuen Defiziten kommt. Aber, und davon bin ich fest überzeugt, die neue Gebührenordnung wird dazu führen, dass wir nicht mehr so kurzatmig, wie es bisher der Fall war, mit immer neuen Gebührenerhöhungen rechnen müssen. Ich glaube, unter den gegebenen Umständen ist diese Satzung wirklich das geeignete Instrument, um zu einer Verstetigung der Gebühren an diesem Punkt zu kommen.

Ich danke Ihnen!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Dr. Stoffregen! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Ditfurth.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Guten Tag!

Ich verstehe inzwischen, warum vorhin keiner gegen mich wetten wollte, als ich gesagt habe, innerhalb von zwei Stunden sagt irgendwer etwas zu den Europawahlergebnissen, obwohl es die Tagesordnung nicht hergibt. Es gab jetzt dazu, irgendwie schlecht verpackt, drei oder vier Beiträge. Ich will dazu auch gerne zwei bis drei Sätze sagen, bevor ich zu dem Magistratsvortrag komme.

Etwa 35 Prozent der Wähler haben Leute wie Sie gewählt. Trotzdem protzen hier einige mit den Wahlergebnissen herum, vor diesem Haus und außerhalb dieses Raumes. Aber es ist auch egal, weil die Wahlbeteiligung für die Diäten und Staatspensionen keine Rolle spielt. Ich gehöre allerdings - um die auch einmal zu erwähnen - zu der Mehrheit der Nichtwähler, von ungefähr 65 Prozent. Zu denen wiederum gehört als Teilmenge ein großer Teil der Linken dieser Stadt, der Linkliberalen und anderer kritischer Bürger. Denkende Leute, die eben nicht an den Mythos glauben, sich unter dem Zwang mit dem Kreuz alle fünf Jahre unter lauter schlechten Angeboten entscheiden zu müssen, das sei nun Demokratie.

Ich komme zu dem Magistratsvortrag M 88 und den dazugehörigen Anträgen. Die ökologische Frage ist nicht mehr das, was sie für uns noch ist, nämlich ein Teil der sozialen Frage. Es ist eines der typischen Beispiele, bei denen das immer mehr auseinander fällt. Dieser Magistratsvortrag M 88 entstand vermutlich unter der Verantwortung der Umweldozernentin der GRÜNEN, der die Abfallsatzung und die Abfallgebührensatzung neu regelt. Er schaufelt den Müll des Magistrats auf die Schultern von Menschen in den Wohnanlagen, sozialen Wohnungsbauhochhäusern und Mietskasernen. Sie werden nämlich durch diesen Plan nicht entlastet, worauf sie ein soziales Recht hätten, sondern in noch stärkerem Maß ausgeraubt.

Es profitieren wieder einmal kleine Gewerbetreibende, für deren Interessen, auf dem Weg zur Industrie- und Handelskammerkarriere, Herr Frank sich hier immer wieder einsetzt. Es profitieren wieder einmal diese kleinen und mittleren Gewerbetreibenden und Besitzer von Einfamilienhäusern, weil die auf ganz andere Art und Weise als die Mieter in den großen Wohnanlagen auf ihre Müllanhäufung, auf die Müllpolitik der jeweiligen Häuser, Einfluss nehmen können. Mieter in Wohnanlagen können keinen oder nur einen sehr geringen Einfluss auf die Müllmengen und auf die Kosten nehmen. Diejenigen, die so wohnen, wissen das genau. Ein niedriger Grundbetrag bei den Abfallgebühren schädigt sie, ein höherer wäre gewissermaßen eine solidarische Verteilung des Gesamtzustandes.

Ein von mir ausgedachtes Zitat ist Folgendes: „Jeder ist an allem selbst schuld, Hauptsache der Staat schützt die Schwachen nicht.“ Ich glaube aber nicht, dass die FDP dem widersprechen würde. Die SPD sagt heute vielleicht gar nichts und leckt sich noch die Wunden von der Wahl. Die GRÜNEN haben den ökologischen Anteil an der sozialen Frage, was sich an diesem Beispiel sehr praktisch zeigt, mit der Machete abgeschlagen und verlangen nun von Arbeitslosen und Geringverdienern, dass sie gefälligst ihr borniertes Öko-Mittelschichtsbewusstsein kopieren. Als sei es eine reine Willensfrage, um zum Beispiel die eigenen Müllgebühren zu senken. Das können allerdings nur Leute, die relativ privilegiert wohnen. Wie FDP, GRÜNE und SPD will vor allem auch die CDU niemals und auf keinen Fall den Fraktionen des Kapitals auf die Füße treten und ihre Produktion kritisieren, die zu diesem Mistfraß, in diesen Mistfolien, in den Mistverpackungen und zu diesen Bergen von Müll führt. Genau wie minderwertiges Spielzeug, Haushaltsgeräte und andere Sachen, die viel zu schnell kaputtgehen. Das geht man nicht an! Das wäre aber die Ursache für etwas, was man tatsächlich eine ökologische und soziale Abfallwirtschaftspolitik nennen könnte. Nein, die Armen sind am Müll selbst schuld, sagt die städtische Terrorbande. Bewusstere Teile dieser Gruppe picken dann den Demeter-Apfel aus dem Biokörbchen und holen sich das Öko-Lammfleisch im Vogelsberg.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Stadtverordnete Difurth, mäßigen Sie sich mit Ihren Ausdrücken.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Nein! Ich bin nicht gewählt worden, um so zu werden, wie die meisten hier im Raum sind. Wahrhaftig nicht, dann würde ich doch die Leute, die mich gewählt haben, sehr enttäuschen, und das möchte ich nicht so gerne tun.

Das heißt, ich habe gar nichts gegen das Biolamm aus dem Vogelsberg, gegen den teuren Demeter-Apfel aus dem Körbchen und gegen Genuss beim Essen. Damit rennt man

bei mir offene Türen ein. Ich bin nicht für Askese, aber ich bin auch gegen den Schrottfraß. Aber das ist keine Frage der Wahl, genau wie bei dem Abfall, sondern es ist eine Frage der sozialen Möglichkeiten und der materiellen Situation, in der die Menschen leben. Mit dieser Magistratsvorlage wird so getan, als ob die Menschen sich das immer aussuchen könnten und damit schuld sind, wenn sie sich dann ökologisch falsch verhalten. Das alles passiert an Logik, Politik, konkreten pragmatischen Schritten, Gebührenordnungen und Satzungsvorschlägen, wenn man die ökologische Frage aus der sozialen herauspaltet.

Die katastrophale Verarmung führt übrigens auch dazu, dass man sich für die Wahlen und die Wahlbeteiligung nicht mehr interessiert, weil man nicht nur ahnt und unterstellt, sondern weiß, dass der größte Teil der Gewählten sich für die eigene Lage nicht mehr interessiert. Angesichts der katastrophalen Verarmung von immer mehr Menschen und zum Beispiel steigenden Krebszahlen, hieße ökologische Politik auch linke Sozialpolitik und Auseinandersetzung mit der gesamten Produktionskette, den Ressourcen, mit der Produktion selbst, den Arbeitsbedingungen und den Abfallbedingungen innerhalb des Betriebes, mit der Ware sowie dann mit dem Abfall.

Ich wollte es mal wieder gesagt haben, weil das mit Ökologie nichts zu tun hat, was hier vorgelegt wurde.

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Frau Ditfurth! Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Stadtverordneten Hanisch.

Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
sehr geehrte Damen und Herren!

Wir haben als Ausgangssituation einen Gebührenhaushalt. In der finanziellen Situation, in der wir uns als Stadt befinden, ist uns auch auferlegt, dass in diesem Gebührenhaushalt

weniger bezahlen. Das heißt dann auch, Frau Ditfurth, im Gegensatz zu dem, was Sie gesagt haben, dass die Gebührenstruktur sozial gerechter wird. Der Rest der Gebühren ist die Leistungsgebühr. Es wird für das gleiche Tonnenvolumen immer die gleiche Gebühr genommen. Das heißt, bei großen und kleinen Tonnen ist das nach dem Volumen wirklich gleich. In der Vergangenheit gab es Unterschiede, die mir nicht verständlich erschienen. Diese Art der Gebührenstruktur ist sehr einsichtig und auch sehr gerecht.

Dann gibt es noch ein paar kleinere Änderungen. Herr Frank hat es schon erwähnt. Für Reihenhäuser, das heißt für Einzelhäuser, gibt es die Möglichkeit, dass sie eine Tonne gemeinsam nutzen können. Das heißt, wenn in kleinen Reihenhäusern nur jeweils eine Person wohnt, ist unsere kleinste Restmülltonne vielleicht etwas zu groß, und die Bewohner von zwei oder drei Häusern können sich dann eine Restmülltonne aufstellen lassen und sparen dadurch auch Gebühren. Dafür konnten wir darauf verzichten, dass, wie es in anderen Kommunen der Fall ist, wir noch kleinere Müllbehälter einführen müssen. Das wäre wieder ein großer technischer Aufwand gewesen, der auch Kosten verursacht hätte.

Weiterhin ist es möglich, dass Leute, die selbst kompostieren, in einem geringen Umfang, wie das entsprechend rechtlich zulässig ist, von Gebühren befreit werden.

Ein weiterer Punkt ist die Einbeziehung der Gewerbeabfallverordnung. Dafür hat die Umweltdezernentin durchaus sehr viel Lob von der Industrie- und Handelskammer bekommen. Aber etwas, das hier vielleicht falsch dargestellt worden ist, dass der hausähnliche Restmüll von den Gewerbebetrieben in Frankfurt wieder der Kommune zufällt, war auch eine Forderung des Deutschen Städtetages, um die Müllgebühren insgesamt stabiler zu halten, um auch noch einmal damit Gebühren erheben zu können.

Letzter Punkt: Es ist das erste Mal, dass eine Gebührensatzung nicht nur für die Stadtverordneten der Stadt Frankfurt kopiert und verteilt wird. In diesem Fall ist sie nicht für alle kopiert worden, weil das immerhin viele Seiten Papier sind, sondern sie ist in Parlis veröffentlicht worden. So können zum ersten

Mal alle Bürgerinnen und Bürger die Satzung anschauen. So viel Offenheit und so viel Transparenz gab es noch nie für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Frau Kollegin Hanisch, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Ditfurth?

Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:
(fortfahrend)

Ja!

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(Zwischenfrage)

Die Transparenz, die es gibt und dass man über Parlis an den Wortlaut herankommt, zu bejubeln, ist o.k., dagegen spricht gar nichts. Nur, dann zu sagen, dass alle an den Text kommen können, ist angesichts der Tatsache der Sprachschwierigkeiten, des Geldmangels und der Tatsache, dass etwa nur die Hälfte der Erwachsenen in Frankfurt einen Internetzugang haben, eine etwas bornierte Aussage, oder nicht? Oder haben die GRÜNEN jetzt Computer für alle angeschafft, und jeder kann umsonst an ein Gerät?

Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:
(fortfahrend)

Ich schränke meine Aussage insofern ein, dass es sicher Menschen in dieser Stadt gibt, die auf Grund von Sprachschwierigkeiten die Gebührensatzung nicht verstehen und wahrscheinlich auch nicht hineinschauen würden. Es gibt sicherlich auch Haushalte, die keinen Internetanschluss haben, aber es gibt viele Internetcafés in dieser Stadt, und wer Interesse daran hat, kann sich die Satzung auch anschauen. Selbstverständlich können sich die Bürgerinnen und Bürger auch eine Kopie der Satzung schicken lassen. Dieses Mittel gab es schon immer. Aber es ist einer großen Zahl von Leuten einfach erleichtert worden.

Ich komme jetzt zu den Schlussfolgerungen: Wir GRÜNEN sind mit der neuen Müllgebührensatzung sehr zufrieden. Wir beschließen

5.	1. Neufassung der Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung - AbfS)	
	2. Neufassung der Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbGS)	32
	Vortrag des Magistrats vom 07.05.2004, M 88	
	<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 18.05.2004, NR 1391	
	<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 26.05.2004, NR 1393	
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	32
	Stadtverordneter Dr. Matthias Stoffregen, SPD:.....	34
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	35
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	36
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	39
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	40
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	40
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	42
6.	Umweltpolitische Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main	44
	Vortrag des Magistrats vom 16.01.2004, M 20	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 03.02.2004, NR 1250	
	<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 21.04.2004, NR 1343	
	<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 21.04.2004, NR 1344	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP vom 27.04.2004, NR 1349	
	Stadträtin Jutta Ebeling:.....	44
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:	47
	Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	50
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:	53
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	55
	Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	57
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	58
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	59
7.	Keine öffentlichen Ehrungen für Kurt Thomas	63
	Antrag der GRÜNEN vom 18.05.2004, NR 1390	
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	63
	Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	66
	Stadtverordnete Alexandra Prinzessin von Hannover, CDU:.....	68
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	70
	Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	73
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	75
	Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	75
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	77
	Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:	78
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	78
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	79
	Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	79
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	79
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	80
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	80

geboten bekommt, kann man auf das Auto ja gar nicht verzichten. Dann darf man das auch nicht verteufeln und muss sich nicht darüber wundern, wenn die Menschen das Auto nutzen wollen.

Weiterhin - Herr Kollege Hübner hat es bei einem anderen Tagesordnungspunkt angesprochen: Es gibt in Frankfurt und Rhein-Main auf Grund der mangelnden Infrastruktur des Frankfurter Flughafens eine Mehrbelastung durch Kerosin von 33.000 Tonnen. Das wird von der linken Mehrheit natürlich absolut ignoriert. Aber diese 33.000 Tonnen jedes Jahr belasten unsere Region. Da muss ich leider zu den verehrten Kollegen der SPD sagen: Ist es nicht ein wenig schizophren, wenn man sich anschaut, was die SPD im Hessischen Landtag diese Woche zum Ausbau des Frankfurter Flughafens gesagt hat, und wenn man das mit dem vergleicht, was die SPD hier im Frankfurter Stadtparlament so alles macht, welchen Vorlagen sie zustimmt, unter anderem auch dem Antrag NR 1250 der FAG-Fraktion.

Ausgleichsflächen für Baugebiete, darüber wurde auch schon einiges gesagt. Drei Viertel der landwirtschaftlichen Flächen in Berkersheim, Harheim, Kalbach und Preungesheim wurden gekündigt. Statt der landwirtschaftlichen Nutzung soll es dort zukünftig Streuobstwiesen geben. Die Erträge daraus werden erst in zehn Jahren beginnen. Die dortigen Landwirte verlieren ihre Ertragsmöglichkeiten, die Pferdehaltung verträgt sich nicht mehr mit dem neuen Wasserschutzgebiet. Ich denke aber, Landwirtschaft sollte auch in Zukunft in Frankfurt noch möglich sein. Wir wollen ja schließlich künftig nicht jede Kartoffel einzeln nach Frankfurt einfahren müssen; denn auch das schafft zusätzlichen Verkehr, den wir laut Leitlinien eigentlich vermeiden wollen.

Auch die Frage des Flächenausgleichs muss stärker regionalisiert werden, und auch hier holt uns die Frage der angemessenen Grenzen der Stadt Frankfurt wieder ein.

Und zuletzt: Die zusätzlichen Streuobstwiesen und die Stadt Bad Vilbel werden dem Boden immer mehr und nicht weniger Grundwasser entziehen. Risse im Boden der betroffenen Stadtteile gibt es heute schon. Aber fordern nicht die Leitlinien eine rationel-

le Verwendung des Grundwassers? Von daher müssen wir auch hier noch genauer hinschauen, was dort geschieht.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Herr Pürsün! Als Nächster hat Herr Dr. Dähne von der PDS-Fraktion das Wort. Er verzichtet. Dann hat jetzt Frau Ditfurth das Wort.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Noch einmal einen schönen guten Abend!

Welche Wertschätzungen die Fraktionen von FDP und CDU dem Thema Ökologie beimessen, sieht man an der überaus hohen Qualifikation ihrer Redner und Fachleute auf diesem Gebiet.

Da beantwortet sich die Frage von Herrn Frank selbst. Ich finde es sehr interessant, dass er immer dann zuständig ist, wenn es sich um „Sauberkeit“, „Ordnung“, „saubere Straßen“, sauberes Gebüsch und Ökologie handelt. Das ist ein interessanter Zusammenhang. Ich stelle Sie mir inzwischen manchmal vor, gerade wenn Sie hier vorne stehen und reden, wie Sie mit dem Schrubber und einem Putzlappen auf dem Römerbalkon stehen und den Beton polieren, anschließend mit dem Airbus zum AKW Biblis fliegen, ein paar grüne Blättchen darauf malen und anschließend zurück in den Vorgarten gehen und die Stauden mit einem Lineal ausmessen. Ich glaube, das verstehen Sie unter Ökologie.

An den „Umweltpolitischen Leitlinien der Stadt Frankfurt“ haben sicher ein oder zwei nette Menschen daran gesessen, die es gut meinen. Das Dumme ist nur, dass sie in einem Rahmen arbeiten müssen - das unterstelle ich ihnen jetzt einmal gutwillig -, in dem das, was sie gerne wollen und was manchmal entsetzlich durchscheint, dum-

merweise genau gegenteilig praktiziert wird. Das heißt, die „Umweltpolitischen Leitlinien der Stadt Frankfurt“, die uns hier mit der Vorlage M 20 vorgelegt werden, sind ein absolut schizophreneres Papier, eine Farce und täuschen Dinge vor, die in der Praxis gegenteilig sind.

Ich will nur kurz in Stichworten erklären - auf Nachfrage gerne mehr Details -, was die meisten hier im Haus zum Thema Ökologie brennend interessiert. Nicht der Mensch steht im Mittelpunkt, nicht sein Glück und seine Gesundheit, nein. Das Standortinteresse, national wie international, steht natürlich gleich am Anfang, damit man weiß, worum es eigentlich geht. Es geht zum Großteil um neue Kooperationen und Formen der Kooperation, erwähnt wird ausgerechnet der „Konsultationsprozess“ der Lokalen Agenda 21. Wahrscheinlich wurde längst vergessen, dass auch in diesem Rahmen unter anderem Atomenergie und Gentechnik befürwortet und auch einige Anlagen gefördert wurden.

Erzdämliche Verschleierungen sind solche Sätze wie: „Hinsichtlich des Waldes ist zwar in den bestehenden Rechtsgrundlagen auf Grund der vorhandenen Schutzformulierung theoretisch ein ausreichender Schutz gegeben, aber es werden, insbesondere beim Frankfurter Stadtwald, Waldflächen durch bauliche Tätigkeiten in Anspruch genommen.“ Was für eine wunderhübsche, ver-harmlosende, geradezu regressive Formulierung.

Wenn man das liest, könnte man glauben, es passieren Dinge in Frankfurt, von denen man nicht zu träumen gewagt hat - Fakt ist, dass der Grüngürtel angefressen wird. Der Magistrat ist wie ein Vampir, der seine Eckzähne Stück für Stück in den Grüngürtel haut und jeder, der kommt und etwas Schönes bauen will, bekommt noch ein paar Quadratmeter extra, ob das nun das Hilton-Hotel ist, oder ob von irgendwelchen Innen-Hockeystadien geredet wird oder über irgendwelche Parkhäuser, die entstehen oder irgendjemand, der etwas mehr baut, als es vorher auf den Planungen vorgesehen war. Stück für Stück wird dieses wunderbare, zu erweiternde Grünstück aufgegeben. Spinne ich denn? Geht von Ihnen niemand mehr in der Stadt herum? Glauben Sie, die Leute glauben diese Lügen, diese ordnungsrechtlichen Instrumentarien,

die für die Begrünungsmaßnahmen im privaten und öffentlichen Bereich ausreichend sind? Man müsste sich nur einmal die Parks und Grünanlagen in der Stadt anschauen, dann weiß man auch, was es inzwischen ist. Noch ein heißer trockener Sommer und hier versteppt wirklich das, was noch als üppiges Grün gefeiert wird.

Ich könnte mich ömmeln: Dann geht es um den „multifunktionalen Stadtwald“. Wenn man die Flugzeuge mit hineinrechnet, ist er tatsächlich multifunktional. Für die anderen, nämlich die Menschen, die dort herumlaufen, um sich zu erholen, wird die Funktion deutlich eingeschränkter.

Ich liebe Sätze wie folgende: „Die Fließgewässer in Frankfurt am Main haben zum Teil erhebliche Defizite in ihrer Strukturgüte.“ Das soll man verstehen. Soll ich es wiederholen? „Die Fließgewässer in Frankfurt am Main haben zum Teil erhebliche Defizite in ihrer Strukturgüte.“ Ich übersetze es Ihnen gerne in eine schlichte und einfache deutsche Sprache. Da steht: Die fließenden Gewässer in Frankfurt sind verseucht. Etwas anderes heißt das nicht. Deswegen gibt es auch kein Problem mit der Qualität der Abwasserüberwachung. Wenn die Abwasserüberwachung noch auf dem Stand ist, die wir einmal überprüft haben, als es um das frühere Gelände der Hoechst AG, dann Aventis und die anderen Firmen ging, weiß ich auch noch, wie viele Leute dort im Einsatz waren. Ein paar Leute, die diese riesigen Gelände, für die es angeblich noch nicht einmal Karten, wie die Leitungen unterirdisch verlaufen, gab, sollten das kontrollieren. Das ist einer der größten Witze. Aber vielleicht kennt sich von Ihnen da keiner mehr aus. Das kann ja sein.

Ganz entzückend finde ich zum Thema Abfallwirtschaft den Begriff der „Kreislaufwirtschaft“. Ganz auffällig ist auch, dass ein auszubauender Betrieb immer mehr Müll anderswo her bekommt, damit genug verfeuert werden kann. Die Müllverbrennung in Frankfurt ist gar nicht erwähnt! Würde man sie mit hineinnehmen, bekommt der Begriff Kreislaufwirtschaft natürlich eine ganz andere Bedeutung. Dann wäre es logisch, warum man immer mehr Müll produzieren muss, damit man wirtschaftlich - in der Logik von Herrn Frank - verbrennen kann, um anschließend Energie für Fernwärme zu gewinnen. Das

bedeutet in der Logik immer mehr Müll, dass dabei Abgase herauskommen und Schadstoffe dabei gebildet werden, die unsere Lungen nicht ertragen, ist nur eine nebensächliche Frage, wenn es um den „Standort“ geht.

„Verkehrsmanagement“, Antwort auf Autolärm: Die Antwort auf den Autolärm und auf tödliche Abgase - lerne ich aus dem Papier - ist der Flughafenausbau. Das, was man zum Thema Autos, Pkws und Individualverkehr, um dieses tabuisierte Wort zu benutzen, machen will, wird gar nicht erwähnt. Man sagt nur, dass das ein Problem ist. Dann wartet die geneigte und außerordentlich offenerzige Leserin darauf, dass jetzt eine Maßnahme kommt. Aber dann stehen in dem Papier nur „die Sicherung der Nachtruhe“ und „die Verringerung der Flugbewegung“ über dem dicht besiedelten Stadtgebiet als vorrangige Ziele. Man sagt auch, es gibt ein zunehmendes Ausmaß an Waldsterben und dass eine „besondere Belastung“ für den Stadtwald vom geplanten Flughafenausbau ausgeht. Da kann man sich richtig vorstellen, wie die Verhandlungen um die Endfassung des Papiers ausgesehen haben. Dieser Satz durfte dann als Kompromiss darin stehen bleiben, wissend, dass der ganze Bericht und die Politik des Magistrats das Gegenteil sagen: Scheiß auf das Waldsterben! Der Wald wird immer kleiner! Wir brauchen den Wald wegen des Standorts! Aber dann geht Herr Frank hin und malt auf irgendwelche Mauern um den Flughafen Efeu oder Weinblätter in den verschiedensten Herbst- und Frühlingsfarben.

Dann ist die Rede vom Klima, von der Klimaänderung und von stadtklimatologisch wichtigen Flächen, die eine „aktive Ausgleichsfunktion“ wahrnehmen. Konkretisieren wir das einmal, das ist sehr interessant! Man hat früher bei den Wasserwerken sensorische Prüfungen gemacht, als die noch dachten, wir sind alle doof. Ich wende das jetzt einmal anders herum an. Wenn ich mit meinen Augen, meiner Nase, meinen Ohren und sozusagen eingeschaltetem Gehirn durch die Stadt gehe und mir an verschiedenen Standorten die Entwicklung anschau, sehe ich inzwischen aus mehreren Perspektiven, wie sich eine Wand von Hochhäusern, eine regelrechte Mauer, gegen die Frischluftzufuhr aus Richtung Taunus aufbaut. Jetzt war in den letzten Tagen, Wochen und Monaten zu hören, dass es noch mehr Häuser und Hoch-

häuser geben wird. Das heißt, der Wall wächst, er wird breiter, größer und umfasst größere Teile der Innenstadt, was nicht nur zur Verschattung des Opernplatzes führt, sondern längst schon andere Teile verschattet und Luft heraushält, wo man vielleicht heimlich glaubt, dass künftig die Frischluftzufuhr als Reaktion auf die Frankfurter Fehler aus einer anderen Windrichtung kommt. Keine Ahnung, wie man sich das logisch erklären kann. Das soll Ökologie sein.

Das gleiche Problem sieht man auch an den zunehmenden Schadstoffen und der Überschreitung der lächerlichen EU-Grenzwerte für Stickoxide. Das zeigt sich besonders an den Beispielen der Friedberger Landstraße und anderen Einfall- und Ausfallstraßen. Dort wird die Schadstoffbelastung nicht gemessen, und deswegen kann auch nicht unbedingt festgestellt werden, ob die Grenzwerte überschritten werden. Hier wird nur festgestellt, dass zusätzlich zu den Krebs verursachenden Problemen auch noch im Fall des Flughafenausbaus mit einer erheblichen zusätzlichen Belastung zu rechnen ist. Man hat als Ausgleich überlegt, ob man U-Bahnen erweitert.

Für einen Teil, ich sage nicht, dass das die Alternative für alles ist, ist Fahrradfahren eine Alternative...

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Frau Ditfurth, ich habe Ihre Hilfe suchenden Blicke in meine Richtung verstanden. Ich bitte das Plenum um die entsprechende Aufmerksamkeit.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Nein, das ist nicht der Punkt. Ich habe mir überlegt, ob Sie es schaffen, Frau Roth zum Schweigen zu bekommen.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Das wird ein schwieriges Unterfangen.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ich habe mir überlegt, dass ich es nicht schaffen würde, das höflich genug zu formulieren und habe deswegen meine Klappe gehalten. Das war die ganze Überlegung, die Sie in meinem nicht Hilfe suchenden Blick haben sehen können.

Ihr Büro ist doch nicht so weit weg, Frau Roth, Sie können doch auch dort parlieren.

Ziehen Sie mir das ja nicht von der Redezeit ab.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Das sei Ihnen gewährt.

(Zurufe)

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Die Logik war doch irgendwie zu verstehen.

Zum Thema Fahrradfahren, was für einige Menschen in dieser Stadt eine Alternative wäre. Da stehen an verschiedenen Stellen Sätze, die, wenn man sie zusammenzieht, klar sagen: Wir sehen, es gibt in Frankfurt im Vergleich zu sehr vielen anderen Großstädten der Bundesrepublik „ein deutliches Defizit im Anteil des Radverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen“, weiter hinten findet man dann schöne Formulierungen zum Radverkehr, wie zum Beispiel „Die Förderung des Radverkehrs steht im Maßnahmenkatalog.“ Nur die sieben Worte, es gibt nicht eine einzige Maßnahme. Da frage ich mich natürlich im Ernst, wie Sie und der Magistrat den Rad-

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Frau Ditfurth, ich habe Ihnen wirklich ein Großmaß an zusätzlicher Redezeit zugestanden.

verkehr fördern wollen, wo es Herr Schwarz noch nicht einmal schafft, diesen wichtigen, bedeutenden, im Zentrum touristischer Aufmerksamkeit liegenden Fahrradweg, der von der Hauptwache am Kaufhof vorbei über die Große Eschenheimer Straße zum Eschenheimer Tor führt, überhaupt täglich nur freizuhalten geschweige denn auszubauen gedenkt? Solche Sätze können nur Leute schreiben, die in Frankfurt nie, außer in einer Grünanlage am Wochenende, auf dem Fahrrad sitzen und versuchen, bestimmte Strecken über den Main quer zu den Stadtteilen zu fahren. Selbstverständlich wissen alle, die hier regelmäßig Fahrrad fahren, dass man sich Schleichwege suchen muss, um die täglichen Attacken von irgendwelchen durchgedrehten Ehrgeizlingen in Autos überhaupt einigermaßen gesund zu überstehen. Es gibt hier ein Defizit. Die Maßnahme ist: Es muss irgendetwas gefördert werden. Das ist alles.

Ich überspringe ein paar Dinge, nur noch ein oder zwei Beispiele. Hier steht unter den Maßnahmen als Punkt 13., - auch ein entzückender Punkt -: „...die Weiterführung der städtischen Entsiegelungsmaßnahmen.“ Gleichzeitig konnten wir in der letzten Zeit hören, etwa an so kleinen Beispielen wie diesem Plätzchen zwischen der großen Eschenheimer Straße und der Schillerstraße, ich weiß nicht, ob der Platz einen Namen hat, wo die Bauarbeiten waren und sich jetzt die Passage befindet. Im Zusammenhang der Bauarbeiten wurde jemand von irgendeinem städtischen Amt interviewt und hat auf die Frage, warum da keine Pflanzen hinkommen, gesagt, dass Blätter und Blumen „nicht mehr im Zeitgeist“ oder „im Trend“ - da bin ich mir jetzt nicht sicher - „liegen“. Das fand ich entzückend. Ich habe versucht, das meiner Lunge mitzuteilen. Die kam mit dieser Logik nicht ganz mit.

Interessant ist auch, was in diesem schizophrenen Papier ganz fehlt.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:
(fortfahrend)

Ich bin doch im letzten Satz. Im Gegensatz zu dem Kollegen der GRÜNEN vorhin, der seinen Satz fünfmal wiederholt hat, bin ich bei meinem letzten Satz, und ich sage ihn nur einmal.

Interessant ist, was ganz fehlt: Die Ausbreitung gentechnischer Einrichtungen und das, was die künftig über freisetzungsfähige Versuche, Experimente, Laborarbeiten und Laborabwässer an zusätzlichen gesundheitlichen Problemen bringen, aber auch das hat natürlich keinen Platz in den "Umweltpolitischen Leitlinien der Stadt Frankfurt", da geht es um den Standort.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Frau Ditzfurth! Gemessen an dem, was Sie dafür an Zeit investieren mussten, à la bonne heure. Ich schließe die Aussprache, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen. Bevor ich zur Abstimmung über den Ausschussbericht komme, teile ich Ihnen pflichtgemäß mit, dass sich die Ziffer 1. der Vorlage NR 1250 durch die Voten der nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen von Annahme auf Ablehnung ändert. Ich lasse nunmehr über den geänderten Ausschussbericht abstimmen, der wie folgt lautet: Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: 1. Der Vorlage M 20 wird unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zu Ziffer 2. der Vorlage NR 1250 und der Vorlage NR 1349 zugestimmt. 2. Die Ziffer 1. der Vorlage NR 1250 wird abgelehnt. 3. Es dient zur Kenntnis, dass die antragstellende Fraktion die Vorlagen NR 1343 und NR 1344 zurückgezogen hat. Abstimmung zu den Vorlagen M 20 und NR 1349: CDU, SPD, GRÜNE, FDP und FAG votieren mit Annahme. Abstimmung zu der Vorlage NR 1250: SPD, GRÜNE und FAG votieren mit Annahme, CDU und FDP votieren mit Ablehnung. Die nicht im Ausschuss vertretenen Fraktionen haben wie folgt votiert: Die Republikaner votieren für die Vorlagen M 20 und NR 1349 mit Annahme und für die Vorlage NR 1250 mit Ablehnung. PDS und ÖkoLinX-ARL votieren für die Vorlagen M 20 und NR 1349 mit Ablehnung, bei der Vorlage NR 1250 Ziffer 1. mit Ablehnung, Ziffer 2. mit Annahme. Die BFF votiert die Vorlagen M 20 und NR 1349 mit Enthaltung, die Vorlage NR 1250 mit Annahme. Die Europa-Liste votiert die Vorlagen M 20 und NR 1349 mit Annahme, die Vorlage NR 1250 Ziffer 1. mit Ablehnung und Ziffer 2. mit Annahme.

Wer dem geänderten Ausschussbericht unter Berücksichtigung des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion in den Ausschüssen beziehungsweise den schriftlich vorliegenden Voten in den Ausschüssen nicht stimmberechtigten Fraktionen zuzustimmen gedenkt, den bitte ich um sein Handzeichen. (Geschieht). Enthaltungen? (Geschieht). Ich stelle fest, dass der so geänderte Ausschussbericht angenommen worden ist, damit schließe ich den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 7.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 7., Kurt Thomas, auf. Wir behandeln die Vorlage NR 1390 der GRÜNEN-Fraktion mit dem Betreff „Keine öffentlichen Ehrungen für Kurt Thomas“. Die BFF-Fraktion hat den Antrag zur Tagesordnung I gestellt. Ich mache darauf aufmerksam, dass der Kultur- und Freizeitausschuss empfiehlt, die Vorlage NR 1390 um eine Runde zurückzustellen, dennoch soll die Vorlage heute zur Aussprache kommen. Ich darf dem Antragsteller beziehungsweise demjenigen, der den Antrag zur Tagesordnung I gestellt hat, zunächst das Wort erteilen. Herr Hübner, Sie haben das Wort.

Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:

Herr Vorsitzender,
meine Damen und Herren!

Ich bin dem Namen Kurt Thomas zum ersten Mal vor einigen Wochen begegnet - er war mir vorher kein Begriff - und zwar in Form eines Artikels in der Frankfurter Rundschau, der sich damit beschäftigt hat, dass Bedenken bestehen, den Musiker und Komponisten Kurt Thomas zu ehren. Ich habe diesen Artikel mit Interesse gelesen und bin darin auf zwei Namen aufmerksam geworden. Einer ist mein besonderer Freund Pfarrer Stoodt, der Exorzist von der Hauptwache und der andere ist Joachim C. Martin, ein renommierter Name in Frankfurter Musikkreisen. Darüber wird

5.	1. Neufassung der Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung - AbfS)	
	2. Neufassung der Satzung der Stadt Frankfurt am Main über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Abfallentsorgung (Abfallgebührensatzung - AbGS)	32
	Vortrag des Magistrats vom 07.05.2004, M 88	
	<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 18.05.2004, NR 1391	
	<u>hierzu:</u> Antrag der GRÜNEN vom 26.05.2004, NR 1393	
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	32
	Stadtverordneter Dr. Matthias Stoffregen, SPD:.....	34
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	35
	Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE:	36
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	39
	Stadtverordneter Dr. Eberhard Dähne, PDS:.....	40
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	40
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	42
6.	Umweltpolitische Leitlinien der Stadt Frankfurt am Main	44
	Vortrag des Magistrats vom 16.01.2004, M 20	
	<u>hierzu:</u> Antrag der FAG vom 03.02.2004, NR 1250	
	<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 21.04.2004, NR 1343	
	<u>hierzu:</u> Antrag der SPD vom 21.04.2004, NR 1344	
	<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD, der GRÜNEN und der FDP vom 27.04.2004, NR 1349	
	Stadträtin Jutta Ebeling:.....	44
	Stadtverordneter Horst Schäfer, FAG:.....	47
	Stadtverordneter Stefan Majer, GRÜNE:	50
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:	53
	Stadtverordneter Markus Frank, CDU:.....	55
	Stadtverordneter Luigi Brillante, E.L.:	57
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:.....	58
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	59
7.	Keine öffentlichen Ehrungen für Kurt Thomas	63
	Antrag der GRÜNEN vom 18.05.2004, NR 1390	
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, BFF:.....	63
	Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	66
	Stadtverordnete Alexandra Prinzessin von Hannover, CDU:.....	68
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	70
	Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:.....	73
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	75
	Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:.....	75
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	77
	Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:	78
	Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:	78
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	79
	Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:	79
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	79
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	80
	Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:	80

renbürger der Stadt Frankfurt am Main, Ehrensensator der Universität, Gründer der Cassella, Förderer Paul Ehrlichs, Ehrenmitglied der Senckenbergischen Naturforschungs-gesellschaft des physikalischen Vereins und vieler anderer bedeutender Einrichtungen. Er war ein großer Gönner und Mäzen unserer Stadt. Artur von Weinberg wurde gezwungen, sein Anwesen zu einem Viertel des Preises, den er früher für das Grundstück gezahlt hatte, zu verkaufen. Dieses Geld - also das Viertel - musste er zusätzlich als Sühneleistung der Juden an die Finanzkasse Frankfurt entrichten. 1942 wurde er verhaftet und in das Konzentrationslager Theresienstadt gebracht, wo der 82-Jährige am 20.03.1943 starb.

Die Geschichte dieses hoch ehrenwerten Menschen sollte eigentlich allen bekannt sein. Nicht bekannt ist Ihnen aber wahrscheinlich, dass dieser schändliche Kaufvertrag städtischerseits vom Magistratsrat Adolf Miersch unterzeichnet wurde. Er hat solche Kaufverträge in dieser Zeit immer unterschrieben. 1945 wurde Adolf Miersch - zu dieser Zeit bereits Magistratsoberrat - zum Stadtrat ernannt und mit der Leitung des Tiefbauamtes betraut. Er hat sich beim Wiederaufbau der Stadt große Verdienste erworben, und in Niederrad heißen eine Siedlung und Straße nach ihm. Pikanterweise auf dem ehemals Weinbergischen Gelände.

Es gibt sicher noch viele solcher Lebensläufe, wie den von Adolf Miersch. Von Mitläufern, die unter Druck standen, aber nach dem Krieg durch anerkannte Leistungen viel für ihre Mitmenschen oder auch Kommunen taten. Wir können heute natürlich leicht den Stab über Menschen brechen, die in den Verhältnissen ihrer Zeit leben mussten und sich nachvollziehbarerweise entsprechend arrangierten. Sind Sie froh und dankbar, dass Ihnen dieses Schicksal erspart geblieben ist, dass Sie in unserer Zeit wirklich nie Held sein müssen.

Danke sehr!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Prinzessin von Hannover! Meine Damen und Herren, ich setze Sie davon in Kenntnis, dass die FAG-Fraktion fünf Minuten ihrer Redezeit auf ÖkoLinX-ARL übertragen hat. Damit hat Frau von Ditfurth neun Minuten Redezeit. Sie hat als nächste Rednerin in der Aussprache das Wort.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich muss mich sehr beherrschen, um als Reaktion auf den Beitrag von Frau von Hannover nicht persönlich zu werden. Man könnte meinen, sie sei vor 20 Jahren bei der Debatte um Ernst Jünger nicht anwesend gewesen, als auch von ihrer Fraktion, vor allem aber aus der SPD-Fraktion und von anderen Beiträge gebracht worden sind, die sehr viel geschichtskundiger waren. Sie fallen heute weit dahinter zurück.

Ich muss mir, auch wenn Sie jetzt die Elisabeth-von-Thadden-Schule als Beispiel bringen, was ich da wittere, was sowieso zum Teil läuft, ist der Versuch, permanent den Adel und seine Rolle im Faschismus zu entlasten. Aber die Debatte führen wir vielleicht ein anderes Mal. Ich war neulich zusammen mit Wissenschaftlern in der Schule eingeladen, um über die Vergangenheit dieser Frau und dieser Familie zu diskutieren. Selbst ihr nahe stehende Forscher sagen inzwischen, dass es eine nationalkonservative Frau war, die allerdings dadurch zur Heldin gemacht wurde, dass sie nach einer Teestunde von einem Gestapospitzel verraten wurde, wegen ihrer abweichenden Meinung darüber, dass doch der Krieg wahrscheinlich verloren gehen würde. Das heißt, man kann genauer hinschauen und man kann sich - und das empfehle ich - und das will ich zu dem Beitrag von Ann Anders ergänzen, der mir sehr gut gefallen hat, deswegen will ich nichts doppelten, was ich sonst hätte doppelten müssen. Ich möchte nur ergänzen und auf einen Punkt, der noch gar nicht genannt wurde, und der mir für diese Diskussion immer wichtiger zu sein scheint - nämlich: Was ist eigentlich

der Stand der Forschung? Was heißt eigentlich Mitläufer? - eingehen.

Woher kommt der Begriff, der hier als richtig unterstellt wird, und was hat er für einen Hintergrund? Fakt ist ... Daraus geht hervor, dass dieser Satz aus dem Zusammenhang gerissen ist - eine Banalität, denn das ist das Prinzip des Charakters eines Zitates. Sonst müsste man ein ganzes Buch vorlesen. Fakt ist, dass in einer Zeit, in der die meisten Künstler, Musiker, Maler und andere und, das weiß ich aus meiner beruflichen Tätigkeit, weil ich in diesem Bereich forsche, auch als Kunsthistorikerin und Sozialwissenschaftlerin, dass in der Zeit seit Jahren längst sämtliche Künstler beziehungsweise die große Mehrheit von ihnen, die jüdischen sowieso, die Linken auch, das Land, wenn sie noch konnten, verlassen hatten und gar nicht mehr da waren. Dass es aber dann eine nicht zu unterschätzende Menge von Menschen gab, die nicht gleich tolle Helden sein mussten, sondern einfach versuchten, anständig zu überleben - die gibt es nämlich auch -, die wurden nicht Leiter von Einrichtungen, sondern die haben versucht, mit Privatunterricht, mit gegenseitiger kollektiver Hilfe über die Runden zu kommen. Manche waren im Widerstand, andere hatten davor Angst.

Da gibt es viele Spielarten, aber es gab viele Möglichkeiten, anständig zu bleiben. Wenn man in dieser Zeit aber in einer Eliteschule Leiter wurde und anschließend versuchte, sich damit reinzuwaschen, dass dort keine politische Bildung und was nicht alles aufgeführt wird, auch das wird von Ihnen wieder reingewaschen, das geht nicht. Herr Thomas hat dort in Reden in der Schule selbst Dinge gesagt, die als Sätze deutlich waren. Er sagte, es ging darum, diese Räume „mit deutschem Geist und Kultur zu erfüllen, die der Führer uns gewonnen hat“.

Zweites Zitat: „Wir glauben, dass all die schweren Blutopfer mitten im Krieg, mitten in den millionenfachen Massakern im Osten, auf dem Balkan, im Westen und sonst wo für Deutschlands Größe notwendig und daher sinnvoll sind.“ Das hätte er nicht sagen müssen. Er lobt die Zeichen des „ungebrochenen Kulturwillens der SS“ und das auch noch im September 1944, und so geht es weiter. Das hat Ann Anders nicht aus dem Zusammenhang gerissen und andere auch nicht.

Das mit dem Reinwaschen, das werden wir sicher noch einige Male haben, da gibt es nämlich auch andere Fälle, die mich zunehmend nerven, wie die Frankfurter Geschichte aufbereitet wird. Teuto Rocholl, Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Chöre, die Bauherrin des Hauses war, an dem diese Gedenktafel angebracht werden soll, war Leiter des Musischen Gymnasiums, und was sagt er heute im Frankfurt Forum in der Debatte Pro und Contra in der Frankfurter Rundschau? Das waren zentrale Sätze. Wenn man ein bisschen auf dem Stand ist ...

(Zurufe)

Lieber Himmel, leg mich nicht auf seine Funktion fest, die ist mir wurscht. Er verteidigt Kurt Thomas. Da werden Sie mir nicht widersprechen können, wenn das Ihr bürokratisches Problem ist. Er sagt in diesem Text, den er selbst schreibt: Das Parteibuch wurde ihm erst später „ungebeten zugesandt“. Das gibt es nicht. Diejenigen, die keine Ahnung haben, müssten aus der Walter-Jens-Debatte wissen, der glühend von seinen Anhängern verteidigt wurde, dass es das nicht gibt. Auch mich schmerzte es, was der für einen Mist redete, um sich zu rechtfertigen.

Ich sage das offen, ich finde es immer interessant, wie die Leute herumlügen und zwar genau zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Plötzlich fangen sie an zu lügen und dann kommen die Spruchkammern. Die Spruchkammern sind gegründet worden - die hessischen sind besonders interessant - auf der Basis der Konferenz von Jalta im Februar 1945, die dann ein Vereinbarungsteil des Potsdamer Abkommens im August 1945 wurde. Dort wurde vereinbart, ich sage es in Stichworten: Verbot der NSDAP und aller anderen faschistischen Organisationen und NS-Propaganda, Beseitigung der Gesetze, die in dem Zeitraum gemacht worden sind, Bestrafung der Täter, Entlassung sämtlicher Mitglieder der NSDAP aus dem öffentlichen Dienst. Wobei: dass es in Deutschland nicht mehr Mitglieder der NSDAP gab, da hatten viele Deutsche einfach Glück, weil es jahrelang einen Aufnahmestopp gab, weil zu viele eintreten wollten. Deswegen sind es nur zirka acht Millionen geworden. Da hatten diese großes Glück gehabt.

1946 - man liest immer die Protokolle nach, und es sieht staubtrocken aus, ist aber hochspannend -, nach einem Streit zwischen den Alliierten und vor allen Dingen innerhalb der verschiedenen Besatzungsgruppen der verschiedenen alliierten Fraktionen. Man lese nur an einem winzigen Beispiel die Auseinandersetzung innerhalb der US-Behörden nach, der ersten Generation der so genannten Finanzoffiziere, unter denen viele Emigranten waren, die noch ein paar Rechnungen offen hatten und genau wussten, wo sie hinkamen und wie die Strukturen zu beurteilen waren. Den späteren, die dann scherzhaft „Wallstreet-Boys“ genannt wurden, zum Beispiel bei der IG Farben und ankamen und sagten, da sind ein paar Sachen, wir machen das mit den Nürnberger Prozessen, die ganz Großkopfeten werden abgeschlagen, aber die ganz Großkopfeten kamen dann auch wieder in die Aufsichtsräte sämtlicher chemischer Betriebe. Wir brauchen die für unsere Geschäfte. Wir brauchen sie dafür, dass Deutschland und Westeuropa nicht in die Hände der Roten, der Kommunisten fällt! Dann kam noch ein Problem, das die Alliierten - besonders aber auch die USA - hatten, dass sie zu viele zivile Funktionen, auch in Hessen und Frankfurt, ausüben mussten, weil so viele als kleine, große und mittlere Nazis herausgeschmissen worden waren und Teile der Verwaltung nicht funktionierten.

Daraufhin gab es ein Gesetz, und das war die Basis der Spruchkammern, das Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus. Dann wurden Spruchkammern eingesetzt. Ich habe das in einigen Bundesländern bis ins Detail nachgeforscht, von wegen wer da drinnen war. Darin waren Parteivertreter, und das waren zum größten Teil Leute, die kurz zuvor noch ein anderes Parteibuch gehabt haben, weil es zum Teil keine anderen gab und weil, ich nenne einmal ein Beispiel, ich sage die Region hier ...

(Zurufe)

Diese Lügerei mit der Geschichte finde ich zum Kotzen. Es könnte sich überall in Deutschland abspielen! In einer Region, in der 10.000 Anfragen, also Entnazifizierungsbögen, ausgefüllt wurden, und das musste nur von Leuten gemacht werden, bei denen es NSDAP-Mitgliedschaften gab. Die anderen kamen gar nicht in das Verfahren der

Spruchkammern oder der Entnazifizierungsbögen. Es ging um „Entnazifizierung“ und das wurde es später auch. Die, die da hineinkamen, von 10.000 Fällen in einer Region, die ich überprüft habe bis ins Detail, sind genau drei Fälle übrig geblieben. Sie haben fast alle Nein gesagt. Es blieben 13 Leute in der Stadt übrig, die zu 80 Prozent die NSDAP vor 1933 gewählt hatten. Drei Leute blieben übrig, die dann bei den Briten, damals gab es das Berlin Document Center schon, weil glücklicherweise die Alliierten die Mitgliedskarteien der NSDAP und der SS abkassiert hatten. Die Spruchkammern hätten nachfragen können. Auch in Hessen wurde bei diesen Fällen, die es zu prüfen gab, nicht nachgeprüft, ob die Eigenangaben der Leute stimmten, weil es von der Masse in Deutschland zu viele waren, und weil sie zum Teil in manchen Regionen - die Briten noch mehr als die US-Amerikaner - kein Interesse daran hatten, zu viele zu finden, weil ihnen sonst die Zivilverwaltung und andere Teile der Wirtschaft und die Ansprechpartner verloren gegangen wären.

In Hessen war es so - ich habe es genau andersrum erwartet, da war ich voller Vorurteile -, die Spruchkammern in Hessen haben tatsächlich ab Ende 1946 schon entnazifiziert im Sinne von herausgeschrieben, freigeschrieben. Es wurde tatsächlich aus dem Nazi ein Nichtnazi gemacht. Unendlich viele Leute wurden als „minder belastet“, „Mittläufer“ oder „entlastet“ eingestuft, die tatsächlich kleinere, mittlere oder größere Täter waren. Bundesweit sind von sechs Millionen geprüften Verfahren insgesamt 17.000 Personen als Hauptschuldige übrig geblieben. Mehr hauptschuldige Nazis gab es in Deutschland anscheinend nicht.

(Glocke)

Gut, dann höre ich jetzt auf, und sage nur noch zum Schluss: Wer so argumentiert wie Sie, Frau von Hannover, oder wie andere, die in eine ähnliche Richtung gehen, greift nicht Leute wie Antifaschisten an, und das so genannte „Anti“, ist mir so etwas von egal. Sie attackieren all diejenigen, die versucht haben, anständig zu leben, wenigstens das, oder tapferer wurden - die ganze Bandbreite. Die werden beleidigt, gedemütigt, verächtlich durch jemanden gemacht, der dann geehrt wird und wo dann der, der ihn ehren will,

nämlich Herr Hübner, den Namen noch nicht einmal richtig ausspricht, sondern völlig zu Recht Thoma sagt, und an Ludwig Thoma denkt. Das war eine prima Assoziation.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Als Nächster in der Aussprache hat Herr Halberstadt von der PDS-Fraktion das Wort.

Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:

Herr Vorsteher,
verehrte Kolleginnen und Kollegen,
Frau Prinzessin von Hannover!

Hier steht einer, der in dieser Zeit gelebt und auch eine Schule besucht hat. Ich habe es schon einmal erwähnt, es war die Horst-Wessel-Mittelschule in Dortmund. In dem Buch von Werner Heldmann, das hier schon mehrmals erwähnt wurde, stehen Sätze, zum Beispiel zur so genannten "Kurt-Thomas-Stellung" bei der Sudetenkrise, die mich sehr stark an Lehrer erinnern, denen ich 1938 ausgeliefert gewesen bin. Es geht nicht anders, wir müssen versuchen, die Zusammenhänge zu begreifen. Er sagt: „Irgendwann muss man offenbar die Tschechei einstecken und zwischen uns Ungarn und Polen aufteilen, bevor ein bolschewistisches Bollwerk daraus gemacht wird. Wenn Hitler noch einmal Glück hat, geht das in zwei Tagen mit zwei Armeecorps.“ Ich weiß nicht, ob Sie das nicht als politische Beeinflussung im Unterricht begreifen, wie auch immer der Unterricht sonst in den musischen Gymnasien eingerichtet war.

Wenn hier gesagt wird, dass es jetzt eine Initiative oder ein Forschungsergebnis gibt, die herauszufinden versuchen, welche jüdischen Musiker in Frankfurt gelebt haben, vertrieben oder umgebracht worden sind, dann ist das in der Tat ein Verdienst von wenigen Leuten, dass das überhaupt zustande gekommen ist. Ich sehe nicht ein, jemanden zu erwähnen wie Joachim Carlos Martini oder Elisabeth Abendroth, ohne deren Arbeit das

vielleicht bis heute noch nicht zustande gekommen wäre.

Ich darf Ihnen ein anderes Erlebnis schildern. Als die Alte Oper in Frankfurt eingeweiht wurde, haben junge jüdische Freunde von mir Flugblätter verteilt, weil in der Festschrift zur Eröffnung der Alten Oper kein einziger der dort früher an der Alten Oper oder der an der früheren Frankfurter Oper beschäftigten Dirigenten und Musiker überhaupt erwähnt worden ist. Ich habe es heute noch im Ohr, wie ein Teil der Leute die Flugblätter mit der Bemerkung eingesteckt hat, dass es furchtbar sei, dass sich die Juden heute noch bei uns einmischen können. Später gab es Gespräche bei einem Fest in der Freßgass'. Ich will nicht zitieren, wie die Leute das zur Kenntnis genommen haben. Es gab viele Menschen in Frankfurt, die nicht den großen Widerstand geleistet haben, aber, wie vorhin Jutta von Ditfurth gesagt hat, sauber und anständig gewesen sind.

Ich kann auch sagen, dass ich es selbst in der eigenen Verwandtschaft miterlebt habe, wie schnell man sich in dieses Regime verstricken konnte. Einer meiner Cousins war bei der Leibstandarte Adolf Hitler, und ich habe heftig mit ihm diskutiert, natürlich erst nach 1945. Ich weiß daher, dass er durch seinen von seiner Sache überzeugten nationalsozialistischen Vater dazu kam. Mehr als die Hälfte meiner Klassenkameraden von der Horst-Wessel-Mittelschule - ich habe nach dem Krieg versucht, einige zu finden - ist im Krieg umgekommen. Ein Teil hat sich auch auf Grund von Vorträgen der Lehrer, durch deren Beeinflussung, freiwillig zur Waffen-SS gemeldet und sind damit ihrem Tod näher getreten. Das muss man in dem Zusammenhang sagen.

Ich frage mich wirklich, warum es in Deutschland heute noch so viele Kasernen gibt, die Namen von militärischen Führern, die Hitlers Krieg mitgeführt haben, tragen. Schauen Sie sich um, Sie brauchen nur in das Internet zu schauen, wie viele Hindenburgstraßen es in Deutschland gibt. Setzen Sie das einmal gegenüber mit den Namensgebungen für Schulen, Plätze, Straßen oder was auch immer, wie viele nach Antifaschisten benannt sind, nach Menschen, die in Deutschland umgebracht worden sind. Wenn Sie dieses Verhältnis sehen, dann sehen Sie ein Stück der

deutschen Wirklichkeit, wie wir sie heute immer noch haben und die auch zu einer solchen Diskussion, wie wir sie heute Abend leider führen müssen, hinführt.

Ich versuche das also durchaus abzuwägen, aber ich komme nicht darum herum zu kritisieren - vorhin hat Frau Dr. Ann Anders das schon zitiert -, dass der hier genannte Kurt Thomas, das ist ebenfalls in dem Buch von Heldmann nachzulesen, kurz vor Ende des Krieges am 5. April 1945, von seinen Schülern gefordert hat, dass, wie er es damals gesagt hat, man sich für den militärischen Sieg Deutschlands einsetzen muss und dass man zur Sache stehen müsse. Die so beeinflussten Schüler, die dann in der Tat bei den Werwölfen gelandet sind, wurden später von ihm, weil jetzt eine französische Militärherrschaft war, nicht mehr in das Internat aufgenommen. Wenn das nicht eine Kennzeichnung für einen irrenden, wirrenden, aber letzten Endes in seiner Wirkung verhängnisvollen Menschen ist, dann weiß ich auch nicht, wie man das anders charakterisieren soll. Ich verstehe einfach nicht, wie man sich dafür einsetzen kann, einem solchen Menschen, unter Zugeständnis der damaligen Zeit, die auch ihn geprägt hat, eine Ehrung zuteil werden zu lassen. Ich denke, Sie sollten darüber noch einmal nachdenken, bevor Sie dafür plädieren.

Danke!

(Beifall, Zurufe)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Entschuldigung, Herr Busch hat noch eine Frage.

Stadtverordneter Hans Busch, SPD:
(Zwischenfrage)

Herr Halberstadt, wir beide sind hier in diesem Stadtparlament die Ältesten und haben die Zeit nach dem Krieg in Frankfurt hautnah miterlebt. Ich glaube, auch unter bestimmten Vorzeichen, denn wir haben beide Väter gehabt, die im Dritten Reich verfolgt wurden.

Ich glaube, dass es nicht hinnehmbar ist, wenn Frau von Ditfurth Sozialdemokraten

und Christdemokraten aus der damaligen Zeit, die wir zum Großteil kannten und die in Spruchkammern tätig waren, diffamiert, als hätten sie Freifahrtscheine ausgestellt. Ich denke, das können wir nicht hinnehmen und dem müssen wir energisch entgegenreten.

(Beifall)

Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:
(fortfahrend)

Hans Busch, jetzt über die Tätigkeit von Spruchkammern zu diskutieren, würde heute Abend zu weit führen. Ich weiß, nachdem Anfänge gemacht worden sind, dass man versucht hat, mit Hilfe dieser nicht auf deutsche Initiative zustande gekommenen Spruchkammern, Wertungen vorzunehmen. Das ist leider sehr schnell beendet worden - da hat Jutta Ditfurth Recht -, weil inzwischen die deutsche Verwaltung wieder funktionsfähig gemacht worden ist. Man hat einfach einen großen Strich unter das Ganze gezogen. Die Spruchkammern haben eine lange Zeit gewirkt, das ist richtig. Es waren nicht nur Leute von der SPD, sondern auch von der KPD mit dabei gewesen, die versucht haben, irgendwie mit der Zeit, durch die sie selbst hindurchgegangen sind, zurecht zu kommen. Aber der Komplex, der dabei bewältigt worden ist, war so ungeheuerlich groß, dass die Spruchkammern, wenn sie nicht aufgelöst worden wären, daran gescheitert wären.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Herr Stadtverordneter Halberstadt, ich glaube Frau Ditfurth hat noch eine Frage an Sie, wenn Sie die beantworten möchten.

**Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-
ARL:**
(Zwischenfrage)

Herr Halberstadt, du hast mir bestimmt besser als Herr Busch zugehört. Ist es nicht so, dass ich gesagt habe, dass es Mitglieder von SPD und CDU gab - in anderen Parteien gab es auch welche -, die vorher andere Parteibücher hatten, dass ich aber nicht gesagt habe, dass alle, schon gar nicht SPD-Mitglieder, vorher Parteibücher der NSDAP hatten. Das wäre ja völliger Quatsch. Warum

sollte ich das sagen. Herr Busch sollte seine Antipathie gegen mich heute bitte zurückstellen, das Thema ist wichtiger.

Stadtverordneter Heiner Halberstadt, PDS:
(fortfahrend)

In der Tat, so hast du es gesagt.

Wenn man aber sagt, sie haben früher andere Parteibücher gehabt, dann ist das doch etwas pauschal angelegt, das fordert eine Betroffenheit heraus, die mit der Sache selbst nichts mehr zu tun haben kann.

Dass sich viele getarnt und die Zeit überdauert haben, will ich noch kurz hinzufügen. Es gab auch Leute, die damals darum gebeten wurden, in Nazi-Organen aktiv tätig zu werden und dann dort die Gelegenheit hatten, anderen zu helfen. Ich erinnere zum Beispiel an den Polizeimeister Kaspar, nach dem jetzt endlich eine Straße in Frankfurt benannt worden ist, der dazu beigetragen hat, dass die Familie Senger in Frankfurt überleben konnte. Das gehört alles zu diesem riesigen Komplex dazu und muss mit bedacht werden. Alles zusammengefasst gibt es aber aus meiner Sicht keine Veranlassung, eine solche Ehrung für eine Person vorzunehmen, mit der man sich ohne Zweifel auseinander setzen muss, um die Zeit zu verstehen. Den Namen dieser Person mit einer Ehrung hervorzuheben, halte ich für ein demokratisch orientiertes Deutschland für nicht angebracht.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Herr Stadtverordneter Halberstadt! Als Nächster hat Herr Stadtverordneter Langer von der Fraktion der Republikaner das Wort.

Stadtverordneter Michael Langer, REP:

Ich schließe mich den Ausführungen von Herrn Hübner und Prinzessin von Hannover an und ziehe meine Wortmeldung zurück.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Vielen Dank, Herr Stadtverordneter Langer! Als Nächste in der Aussprache hat Frau Stadtverordnete Dr. Wolter-Brandecker von der SPD-Fraktion das Wort.

Stadtverordnete Dr. Renate Wolter-Brandecker, SPD:

Herr Stadtverordnetenvorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich denke, eine Debatte wie diese eignet sich nicht für parteitaktische Spielchen oder Selbstdarstellungen, dazu ist das Thema viel zu ernst. Ihre Rede, Frau von Hannover, hat mich allerdings sehr erschreckt. Ich habe in früheren Redebeiträgen schon einmal ähnliche historische Schlenker von Ihnen gehört. Es erinnert mich fatal an eine Schlussstrichdebatte, die wir hier in dieser Republik schon oft gehört haben. Ich denke, die sollten wir ganz entschieden zurückweisen.

(Beifall)

Wer in seiner Rede damit anfängt, Kurt Thomas und seine Zeit im Musischen Gymnasium als die Zeit während des Krieges zu bezeichnen und nicht als die Zeit während des Faschismus, der entlarvt sich an dieser Stelle. Das tut mir sehr Leid.

(Beifall)

Die GRÜNEN haben in ihrem Antrag die Forderung des Aufrufes unterschiedlicher demokratischer Kräfte aus Kirche und gesellschaftlich sehr bedeutenden Institutionen in dieser Stadt aufgegriffen. Sie haben in diesem Antrag viele Teile des Aufrufs wortwörtlich übernommen.

Gerade heute haben wir von einem ehemaligen Schüler des Musischen Gymnasiums in der Zeitung gelesen, die Chöre müssten selbst entscheiden, wo und für wen sie Gedenkplaketten anbringen. Wie wir mittlerweile gehört haben, ist dort auch schon eine Entscheidung gefallen. Auch für das Haus der

sin von Hannover hat in hervorragender Weise die Position der CDU-Fraktion Frankfurt am Main deutlich gemacht. Ich verbitte es mir daher, auch im Namen meiner Fraktion, dieses als Schlussstrichdebatte zu diffamieren, oder auszuführen, dass man sich dadurch oder durch einzelne Aussagen in dieser Rede entlarve, so wie Sie das im Eingang Ihrer Rede ausgeführt haben. Dieses möchte ich mir auch im Namen meiner Fraktion verbitten und mich noch einmal ausdrücklich bei Alexandra Prinzessin von Hannover für ihre Ausführungen in diesem Punkt bedanken.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Das Wort hat Herr Sikorski, der Vorsitzende der GRÜNEN-Fraktion.

Stadtverordneter Lutz Sikorski, GRÜNE:

Meine Damen und Herren!

Eine schwierige Debatte, aber erst einmal zu den Fakten: Das Gymnasium war eine Ausleseschule und funktionierte wie alle anderen nationalsozialistischen Erziehungsanstalten in der Struktur, im Geist und im Wesen. Die Schüler in nationalpolitischen Erziehungsanstalten waren allesamt in den HJ-Gliederungen eingeteilt, sie hießen allesamt Jungmannen. Die Schule war in Hundertschaften und Züge aufgeteilt und die Anbindung war an das Reichsministerium für Erziehung. Dies war die klassische Struktur aller NAPOLAS.

Es gab verschiedene Möglichkeiten im nationalsozialistischen Deutschland zu leben und zu überleben. Herr Busch, ich habe vorhin gehört, dass Ihr Vater Verfolgter im Nationalsozialismus war, meiner war es nicht, er stand nämlich auf der anderen Seite. Deswegen Frau von Hannover: Dieses Wort der Selbstgerechtigkeit kann ich seit vielen Jahrzehnten nicht mehr hören. Sie wissen nicht, wovon Sie reden.

(Beifall)

Sie stehen hier und sagen, es sei selbstgerecht, wenn so junge Menschen - das haben Sie ja gemeint - den Stab über einen Mann brechen, der in dieser Zeit gelebt hat. Bin ich, der ich Glück habe, danach geboren zu sein, dann selbstgerecht? Frau von Hannover, Sie haben nichts verstanden, gar nichts.

(Beifall, Glocke)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Herr Sikorski, ich hatte Ihnen das Wort erteilt, wohl wissend, dass Ihre Fraktion nur noch eine Minute Redezeit hat. Ich weise Sie darauf hin, dass Ihre Redezeit jetzt mit einer Minute überzogen ist. Ich denke, damit könnte man es auf sich bewenden lassen.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, es ist ein in der Tat nicht sehr erfreuliches Ende dieser, wie ich meine, hoch qualifizierten, intellektuell redlichen Debatte. Es tut mir Leid, Herr Sikorski hat keine Redezeit mehr, er hat die Redezeit seiner Fraktion um zwei Minuten überschritten.

(Zurufe)

Ja, gnädige Frau, es kann möglich sein, dass Ihnen das vielleicht zuwider ist. Ich habe mich aber an gewisse Regeln zu halten, die dieses Parlament sich selbst gegeben hat. Es ist auch nicht möglich, postum eine Redezeit zu übertragen, deshalb wird es von Seiten der GRÜNEN-Fraktion keine Redezeit mehr geben, weil ich die gar nicht mehr aufrufen kann, und damit ist es auch nicht mehr möglich, dem Redner der GRÜNEN-Fraktion zusätzliche Redezeit von jemand anderem zuteil werden zu lassen.

(Zurufe)

Frau Stadtverordnete Ditfurth, zur Geschäftsordnung.

Stadtverordnete Jutta Ditfurth, ÖkoLinX-ARL:

Ich vermute, dass Sie mir hier jetzt gleich das Wort abschneiden, wenn ich darauf verweise, dass bei anderen Fraktionen schon anders verfahren wurde, wenn Fraktionen bereit waren, Minuten abzugeben. Dabei handelte es sich nicht um mich, sondern um andere, größere Fraktionen. Es ist natürlich inhaltlich bezogen, dass Sie plötzlich, nach Beratung mit Herrn Bührmann, so streng verfahren. Deshalb greife ich zu einer Notwaffe und bitte darum, den Ältestenausschuss einzuberufen. Dort können wir das da in Ruhe besprechen, es sei denn, jemand hat eine bessere Idee oder Herr Stein gibt nach.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Gnädige Frau, auch diesen Antrag lasse ich in diesem Zusammenhang nicht zu, weil es klar und deutlich geregelt ist. Es gibt keinen Dissens über die Behandlung der Geschäftsordnung in diesem Zusammenhang.

(Zurufe)

Gnädige Frau, Sie haben mir vorhin, vor Ihrem Redeinsatz, selbst mitgeteilt, dass Ihnen die Übertragung von Redezeit von der FAG-Fraktion zuteil wurde. Ich finde es nicht sehr fair, dass Sie dieses Wissen, was Sie zu dem Zeitpunkt, als ich Ihnen fünf Minuten zusätzlich zugestanden habe, jetzt in Frage stellen.

Zur Geschäftsordnung hat Herr Oesterling von der SPD-Fraktion das Wort.

Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:

Unabhängig davon, dass wir in Teilen eine andere Rechtsauffassung vertreten wie Sie, sollten wir nach dieser Diskussion keine Geschäftsordnungsdebatte führen und das an anderer Stelle weiterführen. Im Übrigen denke ich, dass die Kollegin Dr. Anders einen Vorschlag machen wird.

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Ich bedanke mich für diesen Vorschlag, weil ich glaube, es wäre ein sehr unwürdiger Schluss dieser, wie ich eingangs schon er-

wähnt habe, hochkarätigen, intellektuellen und sehr redlichen Debatte in diesem Haus.

(Zurufe)

Auch dies ist rechthaberisch, Herr Stock, wenn Sie das parlamentarisch so zur Kenntnis nehmen möchten. Das Wort hat Frau Dr. Anders.

Stadtverordnete Dr. Ann Anders, GRÜNE:

Nein, es ist keine persönliche Bemerkung. Ich bitte um Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Herr Becker, Sie haben zur Geschäftsordnung das Wort.

Stadtverordneter Uwe Becker, CDU:

Es gibt zu dieser Verfahrensfrage eigentlich eine klare Abstimmung im Ausschuss, wie mit diesem Tagesordnungspunkt und diesem Antrag umgegangen werden soll. Es war bereits vor dieser Plenarsitzung mein Petikum, dass im Rahmen der Beschlussfassung des Ausschusses die Debatte erst nach dem, was zwischen dem Arbeitskreis und dem, was in den nächsten Wochen, zu einem späteren Zeitpunkt, hätte stattfinden sollen, erfolgt. Da das bei Ihnen nicht mehrheitsfähig war, tragen Sie das an der Stelle. Ich bin deshalb auch dafür, dass man dem Ausschussbeschluss folgt und diese Thematik dem Ausschuss zurückgibt.

(Zurufe)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher
Volker Stein:**

Herr Becker, ich habe den Geschäftsordnungsantrag von Frau Dr. Anders so verstanden, dass sie die Autorität dieses Hauses und die Tatsache, dass dieses Haus auch Herr des Verfahrens ist, würdigt und über diesen Antrag heute abzustimmen gedenkt. Ich habe Ihren Widerspruch in der Ge-